

# Streit um die Rente neu entfacht

## Neues zum Renteneintrittsalter und zur Aktienrente

„Die Rente ist sicher“ – dieser Satz des früheren Arbeitsministers Norbert Blüm hat sich bei vielen eingebrannt. Es wäre so schön, daran zu glauben! Allerdings warnen Experten seit Längerem, dass unser Rentensystem so nicht mehr zu finanzieren ist. Was tun? Den Vorschlag, noch später in Rente gehen zu können, gibt es schon länger. Nun will eine Wirtschaftsweise das Alter für den Eintritt an die steigende Lebenserwartung koppeln. Außerdem plant die Bundesregierung eine Stabilisierung durch ein „Generationenkapital“, das an der Börse erwirtschaftet werden soll. Was das bedeutet? Das haben wir uns angeschaut.



Redaktion

Stand: 14.8.2023

Lesezeit: 02:45 min



Wo kommt im Alter das Geld zum Leben her? Von der Rente natürlich! Denn für die meisten Menschen ist die gesetzliche Rente im Alter die zentrale Einkommensquelle. Das Ganze funktioniert im Umlageverfahren: Arbeitnehmer und alle, die in die Rentenkasse einzahlen, finanzieren die Bezüge der aktuellen Rentner. Das Problem ist allerdings, dass immer weniger Beitragszahler immer mehr Rentner finanzieren müssen. Schon heute bezuschusst der Staat die gesetzliche Rentenkasse jährlich mit etwa 100 Milliarden Euro – Tendenz steigend. Dieses immer größer werdende Loch muss irgendwie gestopft werden.

## *Viele wollen nicht so lange arbeiten.*

### **Abschlagsfrei in Rente**

Bis 2031 wird die Altersgrenze ohne Rentenabschläge schrittweise von 65 auf 67 Jahre angehoben. Das bedeutet: Für alle, die 1964 oder später geboren wurden, gilt – von ein paar Ausnahmen abgesehen – definitiv die Regelaltersgrenze von 67 Jahren.

Viele wollen nicht so lange arbeiten. Nach einer Umfrage des Marktforschungsinstituts Civey für das Demographie Netzwerk (DNN) würden gut 54 Prozent der Befragten gerne mit 62 Jahren oder früher in Rente gehen. Nur knapp elf Prozent wollen bis 67 oder länger arbeiten. Aber: Wer früher geht, muss Abschläge seiner Rente in Kauf nehmen. Und das können sich viele Beschäftigte gar nicht leisten.

Und zeitgleich wird das Rentenalter von 67 in Frage gestellt – nach oben offen?

## *Noch später in Rente?*

### **Ende der Rente mit 67?**

Rente mit 67? Das sei in Zukunft nicht mehr zu finanzieren, warnt Wirtschaftsweisse Veronika Grimm. Sie will das Rentensystem entlasten und schlägt vor, das Alter für den Eintritt an die steigende Lebenserwartung zu koppeln.

Was das heißt? Wir würden wohl noch später in Rente gehen! Nimmt die Lebenserwartung zum Beispiel um ein Jahr zu, so würden zwei Drittel des zusätzlichen Jahres der Arbeit zugeschlagen und ein Drittel dem Ruhestand.

### **Hubertus Heil winkt ab**

Bei Bundesminister für Arbeit und Soziales Hubertus Heil kommt der Vorschlag aber offenbar nicht gut an. Einer Sprecherin des Ministeriums zufolge seien Änderungen des Renteneintrittsalters „kein Bestandteil der rentenpolitischen Vorhaben der derzeitigen Regierungskoalition“. Im Koalitionsvertrag ist das sowieso nicht vorgesehen.

## *Geplant ist ein „Generationenkapital“*

### **An die Börse für den Ruhestand**

Woher soll dann das Geld für die Renten dann kommen? In Zukunft wird auch der Aktienmarkt bei der Absicherung der Renten eine zentrale Rolle spielen – ein absolutes Neuland.

Den Plänen der Regierung zufolge soll sich die gesetzliche Rente künftig aus drei Quellen finanzieren: Den Rentenbeiträgen, dem Steuerzuschuss und Erträgen vom Kapitalmarkt. Damit rücken die Pläne, die demnächst offiziell vorgestellt werden sollen, etwas von der ursprünglichen „Aktienrente“ ab. Geplant ist ein „Generationenkapital“, das an der Börse erwirtschaftet wird. Zunächst sollen zehn Milliarden Euro aus öffentlichen Darlehen am Kapitalmarkt angelegt werden; diese Summe soll jährlich um drei Prozent steigen – bis auf 200 Milliarden Euro.

*Auch das würde neue Unsicherheiten schaffen.*

### **Die Pläne sind umstritten**

Die Pläne von Bundesfinanzminister Christian Lindner sind umstritten. Rentner werden nicht zu Aktienbesitzern, aber ein Risiko bleibt. Bei sinkenden Aktienkursen und geringeren Renditen soll der Bund einspringen.

Außerdem geht es um die Frage, wer das Geld verwaltet. Im Gespräch ist der Kenfo, eine öffentlich-rechtliche Stiftung, die gegründet wurde, um die Finanzierung der Zwischen- und Endlagerung radioaktiver Abfälle aus der gewerblichen Nutzung der Kernenergie zur Erzeugung von Elektrizität in Deutschland sicherzustellen. Im Jahr 2022 wurde hier aber statt Erträgen ein Milliardenverlust eingefahren.

Umstritten ist auch, ob künftig ein Teil der regulären Rentenbeiträge in den Fonds gesteckt werden könnte. Auch das würde neue Unsicherheiten schaffen.

Andere Parteien fordern indes, dass *alle* Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenkasse einzahlen sollen, also auch Selbstständige und Beamte.

Was am Ende umgesetzt wird? Noch sind die Diskussion in vollem Gange. Wir werden berichten! (cbo)

### **Kontakt zur Redaktion**

Haben Sie Fragen oder Anregungen? Wenden Sie sich gerne direkt an unsere Redaktion. Wir freuen uns über konstruktives Feedback!

redaktion-dbr@ifb.de